

Stellv. Sprecher

Ansprechpartner:
Christopher Bohlens
Mobile: 0178 8899980

c/o Fachschaft WiSo
Universitätsstraße 16 b
50937 Köln

Telefon: (0221) 470 - 49 59
Fax: (0221) 42 52 43
eMail: rat@bufak-wiso.de
Internet: www.bufak-wiwi.de

✉ BuFaK WiSo · c/o Fachschaft WiSo · Universitätsstr. 16b · 50937 Köln

An die Fachschaften
und zur öffentlichen Verteilung

Ihre Nachricht vom :

Ihr Zeichen:

Datum: 22.09.2009

Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine zur Hochschulpolitik der BuFaK WiSo

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Studierende,

Die **Bundesfachschaftekonferenz WiSo** (kurz [BuFaK WiSo](#)) ist der Zusammenschluss der Fachschaften der wirtschaftswissenschaftlichen und der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten und Fachbereiche der Hochschulen in Deutschland. Die BuFaK WiSo versteht sich zum einen als bundesweite Interessenvertretung der Studierenden aus diesen Fachbereichen und zum anderen als Möglichkeit zur Vernetzung und zum Erfahrungsaustausch der einzelnen Fachschaften und ihrer Vertreter.

Zur diesjährigen Bundestagswahl am 27. September möchte die BuFaK WiSo die von ihr vertretenen Studierenden über die hochschulpolitischen Standpunkte der Parteien informieren um ihnen eine entsprechende Orientierung zu geben. Daher baten wir am 18. August die Fraktionen der im Bundestag vertretenen Parteien um die Beantwortung von sechs Fragen zur Hochschulpolitik. In der Anlage befinden sich die Fragen an die Fraktionen mit den entsprechenden Antworten der Parteien CDU, SPD, FDP, GRÜNE und DIE LINKE.

Hiermit stimmen wir ausdrücklich der Veröffentlichung und Verteilung unserer Wahlprüfsteine und den daraus resultierenden Antworten zu. Wir haben die Antworten in keiner Weise verändert, insbesondere nicht gekürzt oder hervorgehoben.

Mit freundlichen Grüßen,

Rat der BuFaK WiSo: Benjamin Nothdurft, Christopher Bohlens, Tom Rosenthal, Eva Leybold, Michael Ngo, Frederik Fischer, Patrick Meinelt.

Anlage: Sechs Fragen der BuFaK WiSo mit Antworten der Parteien

Frage 1:

Mit dem Bologna-Prozess wurden verschiedene Ziele verfolgt. Allerdings hat die Umsetzung der Studienreform aus studentischer Sicht zu Problemen geführt. Welche Fehlentwicklungen sehen Sie und mit welchen konkreten Maßnahmen sollte diesen entgegengesteuert werden?

Antwort CDU

Unser Bildungssystem ist ein starker Teil des europäischen Bildungsraums. Die CDU will Lernerfolge in Deutschland und international besser vergleichbar machen. Damit stärken wir unsere Bildungsabschlüsse, erhöhen die Durchlässigkeit und erleichtern die Mobilität.

Ein komplexes System wie das Hochschulstudium zu reformieren braucht Zeit und Geduld. In der Hochschulpolitik gilt es, die Balance zwischen Bewahren und Erneuern zu halten. Wir wollen den Wettbewerb zwischen den Hochschulen fördern, auf geringere Studienabbrucherquoten hinwirken und die internationale Attraktivität der deutschen Hochschulen ausbauen. Die Reform der Studienstrukturen nach dem „Bologna-Prozess“ muss unvoreingenommen überprüft und darf nicht schematisch auf alle Studiengänge erstreckt werden.

Antwort SPD

Die SPD hält an dem eingeleiteten Weg zur Schaffung eines europäischen Hochschulraumes fest. Wir wollen die Grundlage dafür schaffen, dass Studienabschlüsse und –leistungen in Europa vergleichbar werden und dadurch Mobilitätshemmnisse zwischen den Staaten des europäischen Hochschulraums abgebaut werden. Wir haben feststellen müssen, dass die Bachelor-Abschlüsse oft inhaltlich überfrachtet sind. Das heißt, dass zu viele Lehrinhalte in den sechs Semestern der Regelstudienzeit verpflichtend vorausgesetzt werden. Gleichzeitig berichten die Studierenden in den neuen Studiengängen, dass sie eine hohe Prüfungslast, insbesondere durch Klausuren, zu tragen haben. Beides führt im Ergebnis dazu, dass die Arbeitsbelastung so hoch ist, dass keine Zeit mehr für wichtige Auslandsaufenthalte oder gewinnbringende Praxiserfahrungen bleibt.

Deshalb werden wir die bisherige Umsetzung des Bologna-Prozesses kritisch überprüfen und dafür sorgen, dass Fehlentwicklungen korrigiert werden.

Dort wo es notwendig ist, wollen wir die Studiengänge entschlacken. Das kann über eine Anhebung der Regelstudienzeit beim Bachelor von 6 auf 7 oder 8 Semester passieren oder durch eine Streichung überflüssiger Inhalte. Für die SPD ist klar, dass bei einer Überprüfung der Studiengänge die Studierenden selbst beteiligt sein müssen. So ermöglichen wir für sie wieder mehr Wahlfreiheit innerhalb der Curricula und damit mehr Raum für Auslandsaufenthalte und die notwendige Praxisorientierung durch studienbegleitende Praktika.

Antwort FDP

Obwohl der Bologna-Prozess noch lange nicht abgeschlossen ist, häuft sich die Kritik an der Studiengangreform. Es besteht die Gefahr, dass der Reformprozess auf dreiviertel des Weges ins Stocken kommt. Bund und Länder tragen die Verantwortung dafür, dass der Bologna-Prozess nicht scheitert und die Lebensplanung und Perspektive von Studierenden dadurch massiv in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Umsetzung der Reform und Konzeption von Studienangeboten ist unzweifelhaft eine Aufgabe der Hochschulautonomie. Der Staat aber ist in der Pflicht, dafür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Inzwischen sind 75 Prozent der Studiengänge an den deutschen Universitäten und Fachhochschulen auf die Abschlüsse Bachelor und Master umgestellt. Bei den verbliebenen 25 Prozent handelt es sich überwiegend um Staatsexamens-Studiengänge, die besonderen Bedingungen unterliegen (vgl.

„Statistische Daten zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen“, Wintersemester 2008/2009; Hochschulrektorenkonferenz). Die Arbeitsmarktakzeptanz der ersten BA-Absolventen ist relativ gut, allerdings bestehen weiterhin Informationsdefizite bei kleineren und mittleren Unternehmen über die im Rahmen der Abschlüsse erlangten Kompetenzen. Außerdem muss in einer Reihe von Fällen, insbesondere im öffentlichen Dienst, die angemessene tarifliche Eingruppierung geklärt werden.

Die Studienreform hat zu einer Verkürzung der Studiendauer geführt. Doch die Straffung der Studienangebote hat auch ihren Preis: die Mobilität innerhalb der Bachelorphase ist ohne Zeitverlust nur zwischen Standorten möglich, die ihre Studienprogramme auf einander abgestimmt haben. Die vielfach fälschlich geweckte Erwartung, dass die allgemeine Kompatibilität der Studienstrukturen auch zu einer generellen, von der individuellen Leistung unabhängigen Anerkennung und Zulassung führen werde, ist wesentlich für die verbreitete Bologna-Resignation mit verantwortlich.

Die FDP wird dafür sorgen, dass die öffentlichen Zuwendungen für Hochschulen dem verstärkten Betreuungs- und Verwaltungsaufwand der Hochschullehre angepasst werden. In diesem Sinne setzen wir uns für eine Aufstockung des Hochschulpakts um 25 Prozent ein, um einen hohen qualitativen Anspruch im Bereich der Lehre zu gewährleisten. Zudem wollen wir den Aufbau von Teilzeitangeboten im Bachelor-Bereich und deren entsprechende Berücksichtigung beim BAföG fördern. Schließlich werden wir den Aufbau von Kredit-, Darlehens- und Stipendiensystemen für die Studierende unterstützen und gemeinsam mit den Ländern, dem Studentenwerk und den Hochschulen den Ausbau und die Qualifizierung der Beratungsleistungen für Studierende vorantreiben.

Antwort Grüne

Die Förderung der Mobilität, internationale Vergleichbarkeit und Anerkennung von Abschlüssen sind wichtige hochschulpolitische Ziele, die Deutschland im Rahmen des Bologna-Prozesses im Zusammenspiel mit europäischen Partnern verfolgt. Die Vision eines internationalen und europäisch grenzenlosen Hochschulraums ist aber noch nicht in die Realität umgesetzt.

Die Phase der reinen Umstrukturierung muss in eine Lehr- und Qualitätsreform münden, die Studierende in den Mittelpunkt stellt. Aufgabe von Bund und Ländern ist es, die notwendigen Reformschritte angemessen zu finanzieren.

Bisher haben sich die Studienbedingungen durch den Bologna-Prozess noch nicht verbessert. Die sinnvolle Umstellung der Studienstruktur von Diplom und Magister auf Bachelor und Master wurde bisher kaum dazu genutzt, dass den Lernstoff zu überprüfen und zu „entrümpeln“. Aufgabe der Hochschulen ist es, Studienordnungen zu entschlacken und wirklich neue Studiengänge zu entwickeln. Dabei müssen Freiräume und Zeitfenster für Praktika und Auslandsaufenthalte bleiben.

Antwort Die Linke

Zwar begrüßte DIE LINKE die Schaffung eines europäischen Hochschulraums, die Umsetzung in Deutschland ist aber bisher mehr als mangelhaft. Sie wurde auf die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen verengt und eine übergreifende Debatte über Ziele und Auswirkungen der Reformen verpasst. Vielerorts wurden die gestuften Studiengänge als Sparmodell verstanden und mit einer vermeintlich leistungsorientierten Auslese an der Schwelle zum Masterstudium verknüpft. Das Studium wird auf die direkte Verwertung der Kenntnisse für den Arbeitsmarkt ausgerichtet. Eine umfassende, wissenschaftliche Bildung, individuelle Wahlmöglichkeiten und kritische Wissenschaft gehen verloren.

Studierende leiden unter überladenen und starren Studienordnungen in den neuen Studiengängen. Immer mehr brechen ihr Studium ab. Weil die staatliche Studienunterstützung BAföG immer weiter ausgehöhlt wird, muss die Mehrheit der Studierenden neben dem Studium arbeiten. Dies wird unter den Bedingungen von Bachelor und Master und mit Studiengebühren zunehmend schwieriger. Die soziale Dimension des Bologna-Prozesses ist nach wie vor nicht mit konkreten Zielen und Maßnahmen untersetzt. Der von fast allen Bologna-Staaten ratifizierte UN-Sozialpakt, demzufolge das Studium unentgeltlich sein muss, wird nicht umgesetzt.

Das proklamierte Kernziel des Bologna-Prozesses, die Mobilität der Lernenden zu erhöhen, wurde durch die Reformen eher verhindert als befördert: der Wechsel der Hochschule sogar innerhalb Deutschlands wird für viele unmöglich. Studienaufenthalte im Ausland hängen weiterhin wesentlich vom eigenen Geldbeutel bzw. dem der Eltern ab. Nur ein Drittel der Studienleistungen aus dem Ausland wird überhaupt anerkannt. Der Zeitdruck im Bachelor erschwert Auslandsaufenthalte und Praktika. Entsprechend ist die Mobilität seit der Einführung von Bachelor und Master zurückgegangen. Nur 15 Prozent der Bachelor-Studierenden geht für ein Praktikum oder ein Semester ins Ausland. Ohne eine soziale Förderung von Auslandsaufenthalten im BAföG, ohne eine umfassende Anerkennung der im Ausland erworbenen Studienleistungen und ohne eine Lockerung des Zeitdrucks steht für die meisten Studierenden die internationale Mobilität nur auf dem Papier.

DIE LINKE fordert eine umfassende Reform der neuen Studiengänge in einem demokratischen Prozess unter maßgeblicher Beteiligung der Studierenden und Lehrenden. Die Studienordnungen müssen entzerrt, die Arbeitsbelastung gesenkt, Prüfungs- und Zeitdruck abgebaut, die Anwesenheitspflicht abgeschafft und mehr Flexibilität ermöglicht werden. Praxisorientierte und wissenschaftliche Methoden müssen miteinander verknüpft werden. Um internationale Mobilität zu gewährleisten, müssen das Auslands-BAföG verbessert, die bürokratischen Hürden auf dem Weg zum Auslandsaufenthalt abgebaut und die Anerkennung von im Ausland erbrachten Studienleistungen erleichtert werden.

Frage 2:

Praktika sind aus dem Hochschulalltag nicht wegzudenken und für eine praxisorientierte Hochschulausbildung von großer Bedeutung. Oft werden Praktikantinnen und Praktikanten selbst mit ersten berufsqualifizierenden Abschluss als billige hoch qualifizierte Arbeitskräfte missbraucht und entsprechend nicht oder nur sehr gering entlohnt. Wie kann nach Ihrer Auffassung dieser Fehlentwicklung am Bildungs- und Arbeitsmarkt entgegengewirkt werden?

Antwort CDU

Junge Menschen brauchen faire Chancen, Ausbildungsmöglichkeiten und Einstiegsangebote in den Beruf. Dazu dienen auch Praktika. Praktikanten sind bereits heute in Deutschland rechtlich gut vor Ausbeutung geschützt. Die bestehende Rechtslage sorgt für einen angemessenen Ausgleich zwischen Praktikanten und Betrieben. Daran wollen wir festhalten.

Antwort SPD

Praktika sind in vielen Bereichen unverzichtbar. Sie verschaffen Einblicke in die Arbeitswelt, sind wichtige Bestandteile von Bildung und Ausbildung. Aber es gibt auch unfaire, so genannte Scheinpraktika, in denen Arbeitsplatz Suchende ausgebeutet werden. Ohne oder nur mit geringer Bezahlung und fehlender sozialer Absicherung werden sie als Ersatz für reguläre Arbeitskräfte beschäftigt. In vielen Fällen erweisen sich Versprechungen, bei guter Leistung in ein geregeltes Arbeitsverhältnis zu kommen, als trügerisch. Diesen Missbrauch halten wir für schädlich und wollen ihn mit verschiedenen Maßnahmen verhindern.

Die SPD ist für klare gesetzliche Regelungen zur Eindämmung des Missbrauchs von Praktika. Selbstverpflichtungen und Appelle an die Wirtschaft reichen hier nicht mehr aus. Wir wollen die Abgrenzung von Praktikum und Arbeitsverhältnis, die Schriftformerfordernis für Praktikantenverträge, die Festlegung eines Vergütungsanspruches zur besseren Durchsetzung von

Ansprüchen, die Umkehr der Beweislast sowie die Streichung der Ausschlussfristen bei Missbrauch gesetzlich regeln. Auch der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages hatte in dieser Sache zwei Petitionen mit einem deutlichen Votum an die Bundesregierung überwiesen. Der Ausschuss unterstützte damit unser Hauptanliegen, eine gesetzliche Klarstellung von Praktika und die Verhinderung einer missbräuchlichen Nutzung von Praktikantenverhältnissen. Die Fachkräfte von morgen müssen faire Chancen haben und die Möglichkeit zu einem geregelten Berufseinstieg erhalten. Darum hat sich die SPD-Bundestagsfraktion gegenüber der Fraktion von CDU/CSU dafür eingesetzt, die Vorschläge zum Schutz von Praktikantinnen und Praktikanten vor Missbrauch gesetzlich umzusetzen. Eine gesetzliche Regelung wurde von der Unions-Fraktion verhindert. Die SPD wird sich in der kommenden Legislaturperiode weiter für faire Praktikumbedingungen einsetzen.

Antwort FDP

Praktika sind im Rahmen der beruflichen Orientierung und zur Knüpfung erster Kontakte für das spätere Berufsleben von ganz wesentlicher Bedeutung. Sie ermöglichen Menschen einen ersten Einblick in potenzielle Tätigkeitsfelder, schaffen Gelegenheit zur Erprobung der eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten und dienen der Orientierung im Vorfeld der beruflichen oder akademischen Ausrichtung oder Schwerpunktsetzung. Daher ist es wenig erstaunlich, wenn Arbeitnehmervertreter, Unternehmensverbände oder Hochschulvereinigungen eine möglichst frühzeitige Praxisorientierung mittels Praktika fordern. Dementsprechend sind an vielen Hochschulen bzw. in Studiengängen Praktika fest in den Studienordnungen verankert. Auch auf die Einrichtung von Praktikumsberatungsstellen, die Gründung von Praxiskontaktgruppen zur Vermittlung von Stellen, Betreuung und Begleitung von Praktika sowie den Aufbau von Netzwerken zur Stärkung der späteren beruflichen Anschlussfähigkeit der Absolventen können viele Hochschulen bzw. Fakultäten oder Fachbereiche verweisen.

Die überwiegende Mehrheit ehemaliger Praktikanten ist mit den absolvierten Praktika zufrieden. Dennoch kommt es vereinzelt vor, dass die Betreuung durch die praktikumsgewährende Organisation nicht den gewünschten qualitativen Anforderungen entspricht, die zu erfüllenden Aufgaben den Erwartungen der Praktikantin oder des Praktikanten nicht gerecht werden und dadurch die gesammelten beruflich relevanten Erfahrungswerte nur begrenzt oder gar nicht verwertbar sind. Auch der Umstand, dass viele Unternehmen, Behörden oder Organisationen nur wenig oder gar nicht in der Lage sind, eine Praktikumsvergütung anzubieten, ist für manche Praktikanten mit Schwierigkeiten verbunden bzw. lässt diese vor einem solchen Praktikum zurückschrecken. Insgesamt werden Praktika aber überwiegend „positiv“ eingestuft. Rund zwei Drittel bewerteten das Praktikum als hilfreich für die berufliche Zukunft (Uni: 65 Prozent; FH: 66 Prozent). Nur jeder siebte Absolvent sah den beruflichen Nutzen als „(sehr) schlecht“ an (Uni: 14 Prozent; FH: 15 Prozent). Ebenso selten war die Meinung unter den ehemaligen Praktikanten vertreten, man sei während des Praktikums lediglich ausgenutzt worden. Die gegenteilige Auffassung war eher die Regel (vgl.: „Generation Praktikum – Mythos oder Massenphänomen?“, HIS-Projektbericht, April 2007).

Die FDP fordert in diesem Zusammenhang, Modelle der frühzeitigen Praxisorientierung, insbesondere mit Blick auf die Ausgestaltung von Praktika, im Rahmen der Bildungsforschung auf deren Effektivität zu prüfen. Übergänge, Barrieren und Hindernisse zwischen der schulischen, beruflichen und akademischen Bildung und dem Berufseinstieg müssen systematisch untersucht werden. Wir wenden uns jedoch entschieden dagegen, Studierenden und Absolventen den Zugang zu Praktika zu versperren, indem den praktikumsgewährenden Organisationen die Ausgestaltung und das Bereitstellen von Praktika durch weitere gesetzliche Vorgaben erschwert werden.

Antwort Grüne

Wer ein Praktikum macht, darf nicht ausgenutzt werden, sondern soll die Praxis kennen lernen. Ein Praktikum ist ein Ausbildungs- und kein Arbeitsverhältnis. Wir fordern gesetzliche Mindeststandards

wie einen Praktikumsvertrag, Bezahlung von mindestens 300 € monatlich, Anspruch auf Urlaub, eine zeitliche Begrenzung und ein Gütesiegel "Faires Praktikum".

Antwort Die Linke

In den letzten Jahren wurden zunehmend reguläre Arbeitsplätze durch Praktikantinnen und Praktikanten ersetzt. Sie sind fest in die Betriebsabläufe eingeplant und arbeiten kaum weniger als Normalbeschäftigte. Über 100.000 Unterschriften unter zwei öffentliche Petitionen haben bereits im Jahr 2007 deutlich gemacht: der Missbrauch von Praktikantinnen und Praktikanten als Billigarbeitskräfte muss aufhören. Doch die große Koalition hat nicht eine einzige Maßnahme zur Verbesserung der Situation von Praktikantinnen und Praktikanten zustande gebracht.

Alle Praktika müssen angemessen vergütet werden. DIE LINKE fordert für Praktika während Ausbildung oder Studium mindestens 300 Euro im Monat, nach abgeschlossener Ausbildung oder Studium den branchenüblichen Lohn.

DIE LINKE meint: Praktika sind keine Arbeits-, sondern Lernverhältnisse. Der Berufseinstieg muss über reguläre Arbeitsverträge laufen. Unverbindliches, unbezahltes Probearbeiten unter dem Deckmantel eines Praktikumsverhältnisses widerspricht allen Grundsätzen des Arbeitnehmerschutzes und darf nicht akzeptiert werden. Jede Praktikantin, jeder Praktikant muss sich auf arbeitsrechtliche Mindestschutzbestimmungen berufen können, wie sie unter anderem auch für Auszubildende gelten – auch diejenigen, die ihr Praktikum im Rahmen eines Studiums oder einer Ausbildung absolvieren.

DIE LINKE fordert deshalb eine klare gesetzliche Abgrenzung von Arbeits- und Lernverhältnissen. Praktika sollten ebenso wie andere Auszubildungsverhältnisse vertraglich eindeutig geregelt sein – mit verbindlichen Lernzielen und verlässlicher Betreuung. Hierfür sollten alle Praktika in den Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes aufgenommen werden. Betriebs- und Personalräte müssen als Ansprechpartner zur Verfügung stehen und in Konfliktsituationen gehört werden.

Frage 3:

Die dezentralen Regelungen zum Hochschulstudium verursachen bei der Auswahl der Studienstandorte, beim Studienortwechsel und beim Übergang in den Arbeitsmarkt erhebliche Schwierigkeiten für Studierende. Ursache hierfür sind unterschiedliche landes- und hochschulspezifische Regelungen sowie eine erheblich variierende finanzielle Ausstattung der Hochschulen. Dies führt zu zunehmenden qualitativen Unterschieden in der Hochschulausbildung. Wie stehen Sie zu einer Zentralisierung der gesetzlichen und finanziellen Ausgestaltung der deutschen Hochschullandschaft? Welche konkreten Maßnahmen zur Sicherstellung einer einheitlichen Qualität der Hochschulausbildung sollte Ihres Erachtens der Bund ergreifen?

Antwort CDU

Bildung ist die entscheidende Investition in unsere Zukunft. Deshalb müssen wir die Bundesrepublik als Bildungsrepublik ausbauen und dabei die Ziele und Maßnahmen des Bildungsgipfels konsequent umsetzen. Die CDU will bis 2015 gesamtstaatlich zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung investieren.

Die erst im Juni 2009 beschlossene Fortsetzung des Hochschulpakts, der Exzellenzinitiative und des Pakts für Forschung und Innovation ist mit rund 18 Milliarden Euro bis 2019 ist die größte Investition

in Wissenschaft, Forschung und Bildung, die es in Deutschland jemals gegeben hat. Insbesondere der Hochschulpakt und die Exzellenzinitiative erhöhen die Qualität des Studienstandorts Deutschland und die internationale Sichtbarkeit sowie die Attraktivität der deutschen Hochschullandschaft insgesamt. Beim Bildungsgipfel haben sich die Länder verpflichtet, Ihre Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungsrelation insbesondere in stark nachgefragten Bachelor- und Masterstudiengängen fortzusetzen. Wir haben das BAföG massiv erhöht und die Begabtenförderung ausgebaut.

Antwort SPD

Der notwendige Qualitätssprung im Bildungswesen insgesamt und an den Hochschulen im Besonderen wird nur gelingen, wenn Bund und Länder gemeinsam handeln und alle Glieder der Bildungskette ineinander greifen. Chancen von Kindern, Jugendlichen und Studierenden dürfen nicht an Ländergrenzen und nicht an Kompetenzabgrenzungen verloren gehen. Wir wollen im Grundgesetz die Voraussetzung für eine kooperationsfreundliche Öffnung schaffen, damit Bund und Länder immer dann, wenn es sinnvoll, geboten und auch politisch gewünscht ist, in allen Bildungsbereichen direkt und konstruktiv zusammenarbeiten können.

Die SPD hat bei der Föderalismusreform den Kooperationsartikel 91b durchgesetzt, der es erlaubt, dass zumindest im Hochschulbereich weiterhin gemeinsame Programme von Bund und Ländern möglich bleiben. Somit konnte das totale Kooperationsverbot der Union verhindert werden. Ohne diesen Einsatz gäbe es keinen Hochschulpakt und keine Investitionen des Bundes in den Ausbau von Studienplätzen, keine Programmpauschale für die DFG-Projektförderung und kein Professorinnenprogramm.

Für die SPD ist klar: Wir brauchen nicht weniger Kooperation zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich, sondern mehr. Dies hat sich zuletzt im Rahmen des Konjunkturpakets II deutlich gezeigt. Nur auf Initiative der SPD konnte das Kooperationsverbot in Art. 104b GG aus dem Jahr 2006 etwas gelockert werden, damit insgesamt 13,3 Milliarden Euro (10 Milliarden Bund und 3,3 Milliarden Länder) in das kommunale Investitionsprogramm fließen konnten. Hiervon sind 65 Prozent, also 8,65 Milliarden Euro, zweckgebunden für Investitionen in Kitas, Schulen, kommunale Bildungseinrichtungen und Hochschulen.

Antwort FDP

Das Grundgesetz regelt unmissverständlich und auf der Basis der sog. Ewigkeitsklausel auch unveränderbar, dass die primäre Zuständigkeit für Bildungsfragen auf der Länderebene liegt. Angesichts dieses Umstandes setzt sich die FDP dafür ein, dass die Länder ihre Bemühungen zur Ausrichtung und Fortentwicklung der Bildungs- und Wissenschaftssysteme gut koordinieren und abstimmen, um potenziellen Verwerfungen vorzubeugen.

Wir vertreten die Auffassung, dass die Hochschulen in ihrer Autonomie zu stärken sind, nicht zuletzt um einen fairen Leistungswettbewerb im tertiären Bildungssektor zu beflügeln und die Bildungseinrichtungen international konkurrenzfähig zu halten. Voraussetzung hierfür ist eine finanzielle Basis, auf der Hochschulen eigenverantwortliche Entscheidungen treffen, wissenschaftlich wirken und sich weiterentwickeln können. Die FDP wird die Hochschulfinanzierung auf Grundlage eines nationalen Bildungsgutscheinsystems umstellen, wonach die Lehre an Universitäten und Fachhochschulen nach dem Prinzip „Geld folgt Student“, also entsprechend der Studierenden- und Absolventenzahlen finanziert werden.

Ein differenziertes, im globalen Wettbewerb stehendes Hochschulsystem bedarf einer modernen, den heutigen Anforderungen gewachsenen Qualitätssicherung. Eine zentralstaatliche Hochschulplanung und Kontrolle wäre mit einer solchen Aufgabe hilflos überfordert. Vielmehr müssen wir auf die Implementierung hochschulinterner Qualitätssicherungssysteme bei gleichzeitiger Systemakkreditierung durch unabhängige Akkreditierungsagenturen bauen.

Antwort Grüne

Bildungspolitik ist eine wichtige gesamtstaatliche Aufgabe. Es war ein schwerer Fehler, mit der Föderalismusreform I dem Bund die Mitwirkung in der Bildungspolitik zu untersagen. Deshalb wollen wir das widersinnige Kooperationsverbot im Bildungsbereich wieder aufheben. Bessere Bildung muss wieder gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen werden. Dabei geht es nicht um Zentralisierung, sondern wir brauchen einen kooperativen Föderalismus statt bildungspolitischer Kleinstaaterei.

Zur Gewährleistung studentischer Mobilität und zur Förderung der Studienattraktivität müssen Bund und Länder einen Staatsvertrag aushandeln. In dem müssen sichergestellt werden:

bundeseinheitlich Mindeststandards bei der Hochschulzulassung, die bundesweite Gleichwertigkeit von Studien- und Prüfungsleistungen sowie Studienabschlüssen und die Möglichkeit des Hochschulwechsels, die Öffnung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte ohne Abitur durch bundeseinheitliche Anerkennungsregeln sowie Aufgaben und Instrumente eines effizienten Studienbewerbungsmanagements durch eine bundesweite Servicestelle.

Antwort Die Linke

Bildung muss zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern werden. Wir brauchen eine bundesweite Bildungsplanung und Bund-Länder-Programme statt des bisherigen Bildungsdumpings und Wettbewerbsföderalismus. DIE LINKE fordert, die öffentlichen Bildungsausgaben auf sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, um Kitas und Schulbildung zu verbessern und mehr Studienplätze zu schaffen.

Die Hochschulen sind seit Jahren unterfinanziert. Immer mehr Studierende kommen auf einen Dozenten oder eine Dozentin. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse halten Einzug in die Hochschulen. Deshalb fordert DIE LINKE, die Hochschulen öffentlich über die grundständigen Budgets auszufinanzieren. Sie dürfen nicht von Drittmitteln aus öffentlicher oder privater Hand abhängig sein. Dies sehen wir nur als zusätzliche Finanzierungsmöglichkeit an. Der Bund muss unserer Auffassung nach im Rahmen des Hochschulpaktes 2020 die Ausfinanzierung der Hochschulen gewährleisten. Die Mittel im Hochschulpakt 2020 müssen an die realen Kosten eines Studienplatzes und an die steigende Zahl von Studieninteressierten angepasst werden. Nur mit öffentlich ausfinanzierten Hochschulen und besseren Betreuungsverhältnissen kann die Qualität des Studiums bundesweit gewährleistet werden.

DIE LINKE will offene Hochschulen. Studiengebühren müssen bundesweit abgeschafft werden. Ein bundesweites Hochschulzugangsgesetz soll die Studienplatzvergabe und den Hochschulzugang für Menschen ohne Abitur verbindlich und einheitlich regeln. NCs und individuelle Auswahlverfahren werden auf diese Art und Weise überflüssig. Alle Studierwilligen haben das Recht auf freie Berufswahl und müssen deshalb auch einen Studienplatz bekommen. Auch die Hochschulabschlüsse sollen bundeseinheitlich gesetzlich geregelt werden.

Frage 4:

Die aktuelle Entwicklung für wirtschaftswissenschaftliche Bachelorabsolventen am deutschen Arbeitsmarkt zeigt, dass Master- und Diplom-Absolventen in Zeiten der Krise besserer Berufseinstiegschancen haben. Sollte angesichts dieser Entwicklung in Deutschland die Zahl der Masterstudienplätze durch das Hochschulausbauprogramm 2020 stärker ausgebaut werden als bisher geplant? Wie beurteilen Sie in diesem Kontext die Entwicklungen in den skandinavischen Ländern, in denen der Master-Abschluss der Regeabschluss ist?

Antwort CDU

Bildungs- und Hochschulpolitik bleiben vorwiegend Ländersache, wie es im Grundgesetz geregelt ist. Gleichzeitig wachsen die länderübergreifende Verantwortung und die Notwendigkeit, in zentralen Handlungsfeldern nationale Ziele und abgestimmte Maßnahmen von Bund und Ländern zu verabreden. Mit dem Hochschulpakt werden 275 000 neue Studienplätze geschaffen. Wir wollen ihn bis 2019 verlässlich fortsetzen. Gleichzeitig wollen wir die Reform der Studienstrukturen nach dem „Bologna-Prozess“ unvoreingenommen überprüfen. Bachelor-Studiengänge sollen berufsbefähigend sein. Viele sind sehr praxisorientiert. Schon heute werden Bachelor-Absolventen in jeder sechsten IT-Stellenanzeige gesucht. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung will darüber hinaus in einer Studie die Berufschancen von Bachelor-Absolventen klären lassen.

Antwort SPD

Die Etablierung der Bachelor-Abschlüsse auf dem deutschen und europäischen Arbeitsmarkt ist noch nicht abgeschlossen. Trotz hoffnungsvoller Signale aus der Wirtschaft muss weiter bei den Personalabteilungen für die Annahme der Bachelor-Absolventen geworben werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Curricula der BA-Studiengänge so ausgestaltet werden, dass sie auch zu einer wirklichen Beschäftigungsbefähigung führen. Wir wollen aber gleichzeitig dafür sorgen, dass jeder der einen Master-Studiengang aufnehmen will, dazu auch die Möglichkeit bekommt. Künstliche Hürden zwischen Bachelor und Master darf es nicht geben. Dazu müssen die MA-Studienplatzkapazitäten auch im Rahmen des Hochschulpakts II ausgebaut werden. Wir wollen aber auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich BA-Absolventen nach einer Phase der Berufstätigkeit auch problemlos in einem Master-Studiengang weiterqualifizieren können.

Antwort FDP

Laut Angaben des Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) haben Bachelor-Abschlüsse in den letzten Jahren an Zuspruch gewonnen – 2004 lag die Akzeptanz bereits bei rund 80 Prozent der befragten Betriebe. Auch die DIHK konnte darauf verweisen, dass rund 67 Prozent der Unternehmen mit Bachelor-Erfahrung angeben, die gestellten Erwartungen hätten sich erfüllt. Angesichts dieses Umstandes vertritt die FDP die Auffassung, dass die Hochschulen den Zugang zu Master-Studiengängen eigenverantwortlich auf der Grundlage von transparenten Leistungskriterien regeln sollten.

Der Hochschulpakt 2020 zielt darauf ab, einen Beitrag zum Aufbau zusätzlicher Studienplatzkapazitäten zu leisten und Hochschulen die hierfür benötigte Finanzierungsgrundlage zu bieten. Auch wenn der Pakt die Studienanfänger in den Fokus rückt, so können auch Masterstudiengänge durch die bereitgestellten Mittel eine spürbare Entlastung erwarten. Gerade deswegen sieht die FDP die Notwendigkeit, den Hochschulpakt auf solide Füße zu stellen und den zugrunde gelegten Ansatz auf das tatsächliche Niveau der durchschnittlichen Kosten eines Studienplatzes von derzeit 6.500 Euro auf 7.000 Euro pro Jahr anzuheben. Ansonsten droht eine qualitative Aushöhlung der Hochschullehre.

Antwort Grüne

Eine Verknappung des Angebots durch starre Übergangsquoten oder hohe Extragebühren vom Bachelor zum Master lehnen wir ab. Jede Absolventin und jeder Absolvent eines Bachelor-Studiengangs soll die Möglichkeit haben, einen Masterstudiengang zu studieren. Eine bessere Grundausstattung der Hochschulen muss sowohl der Verbesserung der Bachelorstudiengänge als auch der Kapazitätssicherung bei den Masterstudiengängen dienen.

Allerdings ist nichts grundsätzlich daran auszusetzen, mit dem Bachelor den ersten Abschluss in der Tasche zu haben. Ein spezialisierter Master-Abschluss nach einigen Jahren der Berufstätigkeit entspricht den Erfordernissen des lebenslangen Lernens perspektivisch mehr als eine einzige lange Ausbildungsphase vor Beginn der Berufstätigkeit.

Es gibt Hinweise darauf, dass Frauen und Studierende aus einkommensschwächeren Familien seltener ein Masterstudium absolvieren. Diese Problematik sollte die GWK schnellstmöglich durch ein Monitoringsystem beobachten.

Antwort Die Linke

DIE LINKE fordert den Master-Abschluss als Regelabschluss. Dafür müssen mehr Masterstudienplätze geschaffen werden. Mit einem bundesweiten Hochschulzugangs- und Hochschulabschlussgesetz soll allen Bachelorabsolventinnen und –absolventen der Zugang zum Masterstudiengang offenstehen. Er darf nicht länger an einen bestimmten Notenschnitt, eine Quote oder Gebühren gebunden sein. Auch der Wechsel von einer Hochschule zu einer anderen muss durch bundesweite Regelungen und die Vergleichbarkeit der Abschlüsse gelöst werden.

Frage 5:

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat sich als erfolgreiche bundesweite Forschungsfördereinrichtung etabliert. Zur Förderung der Lehre wurde bereits Anfang der 90er Jahre die Idee der Deutschen Lehrgemeinschaft entwickelt, um die Qualität der Lehre zu verbessern und die Bedeutung der Lehre in der Hochschullandschaft zu steigern. Welche Ziele, Aufgaben und finanzielle Ausstattung würden Sie einer solchen Einrichtung zuweisen. Welche ergänzenden Maßnahmen und Alternativen zur Förderung der Lehre an den deutschen Hochschulen sehen Sie?

Antwort CDU

Exzellenz auch in der Lehre muss zum Selbstverständnis deutscher Hochschulen gehören. Mehr Eigenständigkeit für die Hochschulen soll dazu beitragen, dass Forschung und Lehre in Deutschland attraktiver werden. Die CDU will den Wettbewerb zwischen den Hochschulen fördern und endlich das Hochschulrahmengesetz abschaffen.

Beim Bildungsgipfel in Dresden haben die Länder zugesagt darauf hinzuwirken, dass die Hochschulen ihren Beitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Lehre insbesondere durch den Aufbau von Qualitätsmanagementsystemen sowie durch eine bessere Studienorganisation und Beratung leisten. Im Rahmen des Hochschulpaktes II wurde zur Verbesserung der Lehre 3.000 Euro pro zusätzlichen Studienplatz bereitgestellt.

Antwort SPD

Neben dem zahlenmäßigen Ausbau der Studienplätze ist es eine vordringliche Aufgabe, die Qualität des Studiums zu verbessern. Gute Lehre muss innerhalb der Hochschule den gleichen Stellenwert haben wie gute Forschung. Dazu müssen die Betreuungsrelationen zwischen wissenschaftlichem Lehrpersonal und Studierenden, u.a. in den Geistes- und Sozialwissenschaften, verbessert werden. Wir wollen, dass Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer auch didaktisch qualifiziert werden und das Beratungsangebot für Studierende an den Hochschulen verbessert wird.

Wir halten an dem eingeleiteten Weg zur Schaffung eines europäischen Bildungsraumes fest. Doch werden wir die Umsetzung des Bologna-Prozesses kritisch überprüfen und dafür sorgen, dass Fehlentwicklungen korrigiert werden. Die Umstellung auf Bachelor/Master Studiengänge muss dazu genutzt werden, die Abbrecherquote zu verringern. Wir wollen, dass der durch die Studienstrukturreform erhöhte Beratungsbedarf der Studierenden abgesichert wird und die Hochschulen ausreichend ausgestattet sind, um den Studierenden dabei zu helfen ihre Studienziele zu erreichen. Hierzu werden wir den Ausbau von Mentoring-Programmen an den Universitäten vorantreiben und ein Förderprogramm „Qualität der Lehre“ auflegen, das beste Bedingungen für ein erfolgreiches Studium sicherstellt.

Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Hochschulpakt verlängert wird und weitere 275.000 zusätzliche Studienanfängerplätze finanziert werden. Der Hochschulpakt II soll aus Sicht der SPD ein „Pakt für die Studierenden“ werden. Mit dem wettbewerblichen Anreizsystem nach dem Prinzip „Geld folgt den Studierenden“ wollen wir einen positiven Wettbewerb der Länder um die Studierwilligen und die beste Lehre erreichen. Die Anhebung der durchschnittlichen Fördersätze pro Studienplatz von 22.000 auf 26.000 Euro ist für uns ein notwendiger und unverzichtbarer Beitrag für mehr Qualität in der Lehre. Die bessere materielle Ausstattung der Hochschulen wie die Stärkung der Personalmittel in der Perspektive des Hochschulprogramms II sollen den Raum für eine gute Lehre an der Hochschule schaffen.

Antwort FDP

Ein fairer Wettbewerb um die beste Lehrleistung kann nur auf der Grundlage eines nationalen Studiengutscheinsystems gründen und muss qualitativ durch Akkreditierung abgesichert werden. Dann werden die Studierenden künftig mittels freier Hochschulwahl und der Möglichkeit zum Hochschulwechsel verstärkt darüber urteilen können, ob das jeweilige Lehrangebot die gestellten Erwartungen erfüllt. Dadurch wird der Druck auf die Hochschulen merklich steigen, ein hochwertiges Studien- und Lehrangebot sowie eine gute Betreuung der Studierenden zu gewährleisten.

Für einen zusätzlichen Motivationsschub, Orientierung und Transparenz können Initiativen, wie z. B. der „ars legendi-Preis für exzellente Hochschullehre“ des Stifterverbandes und der Hochschulrektorenkonferenz“ beitragen. Solche Initiativen werden wir nachdrücklich unterstützen.

Antwort Grüne

Wir halten eine Gesamtstrategie bestehend aus drei Säulen für erforderlich. Notwendig sind: 1. eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen; 2. eine systematische Verankerung von Lehrqualität in Personalentwicklung und Qualitätsmanagement zur Sicherung von Mindeststandards an allen Hochschulen sowie 3. Wettbewerbsverfahren zur Auszeichnung und Förderung innovativer und herausragender Lehrleistungen einzelner Hochschulen, Fachbereiche sowie Hochschullehrerinnen und -lehrer.

Der Stellenwert und die Qualität der Lehre müssen systematisch erhöht werden. Deswegen wollen wir bundesweite Fachzentren für die Hochschullehre einrichten. Bei Berufungen von Hochschullehrerinnen und -lehrern sind die didaktische Qualifikationen stärker zu berücksichtigen und einzufordern. Die Berufungsordnungen sollten entsprechend modernisiert werden. Zusätzliche Relevanz sollten die individuellen Lehrkompetenzen bei der Besetzung neuer Personalkategorien mit dem Schwerpunkt Hochschullehre ("Lecturer") erhalten.

Antwort Die Linke

DIE LINKE sieht wie Sie einen Handlungsbedarf, um die Lehre an Hochschulen attraktiver für Lehrende wie Lernende zu gestalten. Das Spezifikum der Forschungsförderung durch die DFG jedoch ist die thematische und zeitliche Begrenzung der Projekte. Damit unterscheidet sich die

Drittmittelförderung grundsätzlich von den Ansprüchen an eine nachhaltige Studienreform. Es ist weder angemessen, Studiengänge thematisch auf ein kleines Feld zu verengen, noch sie auf einen Zeitraum von wenigen Jahren zu begrenzen. Die Probleme bei den Reformen im Rahmen des Bologna-Prozesses zeigen, dass wir vielmehr einen langen Atem zur Verbesserung der Studienqualität und eine Verbreiterung bei Lerninhalten und Lehrformen benötigen. DIE LINKE hat sich daher der Forderung nach einer deutschen Lehrgemeinschaft nicht angeschlossen.

Innovative Lehrprojekte werden bereits im Rahmen von Wettbewerben gefördert. Die Voraussetzung für einen Erfolg dieser Anreize ist jedoch die grundständige Ausfinanzierung der Hochschulen. Der verlängerte Hochschulpakt 2020 mit einer rechnerischen Finanzierungssumme von 26.000 Euro je Studienplatz ist nach wie vor unterfinanziert und muss aufgestockt bzw. nach Fächern differenziert werden. Zudem wird der Länderanteil derzeit nicht geprüft, das heißt, eine Steigerung der Studienanfängerzahlen durch Steigerung der Lehrdeputate, Erhöhung der Teilnehmerzahlen in den Veranstaltungen, vermehrte Einstellung von Lehrbeauftragten, also auf Kosten der Qualität, wird durch den Hochschulpakt honoriert. Dies muss sich ändern.

DIE LINKE setzt sich zudem dafür ein, dass im Hochschulpakt nicht nur Ziele für den quantitativen Aufwuchs von Studienanfängerplätzen, sondern auch Zielvereinbarungen zur Qualität von Studium und Lehre verankert werden. Der gestiegene Betreuungsaufwand im Rahmen modularisierter Studiengänge muss angemessen berücksichtigt werden. Studiengebühren lehnen wir selbstverständlich ab. Eine bessere Lehre kann es nur durch Verbesserungen in der Breite geben, die auch allen Studierenden zu Gute kommen. Ein qualifizierter Hochschulpakt ist für DIE LINKE das richtige Instrument.

Frage 6:

Seit einigen Jahren ist eine Änderung im Selbstverständnis der Hochschulen zu beobachten. Die Hochschulleitungen verstehen ihre Einrichtung oft als gewinnorientiertes Unternehmen, so dass es zu einem Boom finanziell rentabler Studiengänge gekommen ist. Aus dem Bildungsmarkt verschwinden dadurch mehr und mehr die sogenannten Orchideenfächer, denen jedoch eine wichtige Rolle für die kulturelle Entwicklung der Gesellschaft zukommt. Welche gesellschaftspolitischen Aufgaben sollten die Hochschulen Ihrer Meinung nach in Zukunft wahrnehmen?

Antwort CDU

Eine Bildungs- und Forschungspolitik, deren Horizont nur die praktische Verwertbarkeit kennt, wird auch diese verfehlen. Teilhabe, Sicherheit und Wohlstand für alle durch Bildung für alle wird es nur geben, wenn Bildung ihren Sinn und Zweck in sich selber trägt und ihr Wert anerkannt wird. Hochschulen sind Kultureinrichtungen mit Langzeitperspektive.

Die CDU steht auf ein starkes Selbstbewusstsein der Geistes- und Sozialwissenschaften, die zum kulturellen Gedächtnis und zur Gestaltung unserer Zukunft wichtige Beiträge leisten. Sie fördern die Verankerung und die Diskussion über Werte und schaffen damit Orientierungsangebote. Darüber hinaus eröffnen sie das Verständnis und den Zugang zu anderen Völkern und Kulturen.

Bereits 2007 hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung zusammen mit der Hochschulrektorenkonferenz eine Bilanz der kleinen Fächer vorgelegt. Beim Bildungsgipfel haben die Länder Einigung darüber erzielt, dass den kleinen Fächern auch angesichts der Globalisierung eine wichtige Bedeutung zukommt, die länderübergreifende Abstimmungen erfordert.

Antwort SPD

Hochschulen dürfen nicht nur Orte der Wissensvermittlung sein. Wir setzen uns dafür ein, dass dort nicht nur Inhalte weitergegeben werden, sondern der Sinn für gesellschaftliche Verantwortung gestärkt wird. Die SPD steht deshalb für starke, offene und demokratische Hochschulen ein. Wir stehen zur Hochschulautonomie und zur universitären Selbstverwaltung. Wir wollen die inneruniversitäre Demokratie stärken, die fair alle Statusgruppen in Entscheidungen und Gremien einbindet. Für uns ist klar, dass Hochschulen keine Unternehmen sind. Sie sind öffentliche Einrichtungen, für sie trägt der Staat die Verantwortung. So stellen wir sicher, dass die Hochschulen die notwendige Fächervielfalt abbilden, die unbedingt für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft notwendig ist.

Antwort FDP

Auch wenn sich ökonomische Erwägungen und Fragen zum effektiven Umgang mit vorhandenen Ressourcen mit Blick auf eine Hochschulentwicklung nicht ausklammern lassen wäre es unangemessen, Hochschulen mit Unternehmen der Privatwirtschaft gleichzusetzen. Alleine die Zielrichtung des Wirkens, nämlich die Generierung und Vermittlung von Wissen, lässt sich unter rein ökonomischen Gesichtspunkten nur unzureichend abbilden. Dieser Umstand wird daran sichtbar, dass Hochschulen in den seltensten Fällen Gewinne zur Ausschüttung erzielen, sondern bestenfalls nach zusätzlichen Einnahmen streben, welche dann wieder in den Bildungsbetrieb eingespeist werden. Von dieser Entwicklung, das zeigen gerade die Erfahrungen mit der zweiten Förderstufe der Exzellenzinitiative (Clusterbildung), können gerade auch die sog. Orchideenfächer profitieren. Denn diese tragen häufig dazu bei, dass sich die nationale und internationale Sichtbarkeit der Hochschule erhöht und der Standort an Attraktivität gewinnt.

Antwort Grüne

Oft gehen in der hochschulpolitischen Realität die Versuche der Profilbildung zu Lasten der kleinen von Ihnen so genannten „Orchideenfächer“. Der zunehmende Wettbewerb zwischen den Hochschulen darf nicht zu einer Minimierung und Nivellierung des universitären Fächerangebots führen. Fächer können auch durch Zusammenlegungen oder hochschul- oder auch grenzübergreifende Kooperationen gesichert werden.

Hochschulen müssen Orte sein, an denen sich Forschung und Lehre wechselseitig bereichern. Sie müssen zu Zukunftswerkstätten werden, in denen mit Neugierde und Verantwortung geforscht und exzellent gelehrt wird.

Auf dem Campus müssen echte Mitbestimmung, demokratische Teilhabe und ein partizipationsfreundliches Klima gelebt werden. Es ist alarmierend, wenn sich nur noch eine Minderheit der Studierenden als politisch ansieht. Die Hochschule muss ihre Schlüsselstellung für gesellschaftliche Verantwortung und Diskurse, für kritische Reflektion und die Zukunft unserer Demokratie beibehalten beziehungsweise wiedererlangen.

Antwort Die Linke

Hochschulen erfüllen im besten Fall komplexe und vielseitige Aufgaben im Dienste der sie finanzierenden Öffentlichkeit. Diese lassen sich am besten in Widersprüchen beschreiben. So sollen sie zugleich interdisziplinär an gesellschaftlichen Problemstellungen arbeiten und die Grundlagenforschung der jeweiligen Disziplin vorantreiben. Sie sollen einen kritischen Reflexionsraum der Gesellschaft bieten und zugleich ihren Fachdiskurs pflegen. Sie haben Funktionen in der berufsbefähigenden Ausbildung wie in der Persönlichkeitsbildung junger Menschen.

Unter dem derzeitigen Status der Unterfinanzierung sowie der Konzentration auf anwendungsorientierte bzw. marktnähere Forschungsfelder ist die Wahrnehmung dieser Aufgabenvielfalt bedroht. Stattdessen werden Hochschulen entdemokratisiert sowie auf bessere Rankingplatzierungen und Erfolge in der Drittmittelforschung sowie in der Exzellenzinitiative getrimmt.

DIE LINKE setzt sich hingegen für grundständig ausfinanzierte Hochschulen ein, die aktive Partner der Gesellschaft, besonders auch in der regionalen Umgebung sind.

Wichtige Ziele LINKER Hochschulpolitik sind daher:

- Wie alle Bildungseinrichtungen haben auch Hochschulen Aufgaben bei der Herstellung von Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit, indem sie junge Menschen aus sozial schwächeren und bildungsferneren Schichten aktiv in Studium und wissenschaftlicher Karriere fördern. Dazu gehört die Absage an Gebühren jeglicher Art wie die Öffnung und Abschaffung der NCs und restriktiver Auswahlverfahren.
- Öffentliche Hochschulen müssen autonome und demokratische Hochschulen sein. Weder Staat noch Wirtschaft dürfen einseitig Einfluss auf ihre Arbeit nehmen. Wir wollen weitgehende Kompetenzen für viertelparitätisch besetzte Hochschulgremien statt Präsidialdikaturen.
- Gesellschaftskritische Wissenschaftsansätze, etwa in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, müssen gefördert werden, damit die Hochschule ihre Aufgabe als Freiraum für den reflexiven Diskurs erfüllen kann.